

Abgeordnetenhaus B E R L I N

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Forschung und Technologie

20. Sitzung
18. Februar 2013

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 16.02 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Stellv. Vorsitzender Jörg Stroedter verliest die schriftlich eingereichte Frage der Grünen:

Was unternimmt der Senat, damit der Betrieb der für die Berliner Tourismus- und Eventwirtschaft wichtigen und attraktiven Sportschifffahrt auf der Spree (u. a. sogenannte Salon- und Partyboote) weiterhin durchgeführt werden kann?

Nicole Ludwig (GRÜNE) weist ergänzend darauf hin, dass Salon- und Restaurantboote seit 1. Januar 2013 nach kurzfristig veröffentlichten Verordnungsänderungen nicht mehr den Betrieb auf der Spree ausüben könnten, was ein Schock für alle Betreiber und Arbeitnehmer sei, zumal die nächste Saison schon längerfristig gebucht sei. Welche Maßnahmen ergreife SenWiTechForsch, um die touristische Vielfalt und den wachsenden Wassertourismus zu erhalten?

Staatssekretär Guido Beermann (SenWiTechForsch) führt aus, der neu geschaffene § 4a BinSchUO regele die Beförderung von Fahrgästen zur Vermeidung der sog. verdeckten Fahrgastschifffahrt mit Sportfahrzeugen. Demnach werde die Beförderung von Fahrgästen den technisch zugelassenen Fahrgastschiffen zugewiesen. Unentgeltliche, nicht erwerbsmäßige Fahrten fielen nicht unter die Regelung. Ausgenommen seien zudem Fälle, in denen entstehende Kosten auf die Teilnehmer umgelegt würden. Grundsätzlich sei die Beförderung von Fahrgästen nur noch mit Fahrgastschiffen, Fähren und Barkassen im Sinne der BinSchUO zugelassen. Die Sicherheit auf den Wasserstraßen Berlins habe für sein Haus Priorität. Die neue Verordnung des Bundesverkehrsministeriums schließe eklatante Sicherheitslücken bei Brandschutz und Vorsorgemaßnahmen auf den Wasserstraßen. Bisher hätten sog. Salonschiffe die sicherheitsrelevanten Vorschriften nicht erfüllen müssen. Die Binnenschifffahrt müsse

einem fairen Wettbewerb unterliegen. Dazu gehöre, dass die Sicherheitsstandards bei der Förderung von Personen einheitlich geregelt sein müssten. Darüber hinaus hätten die Saloonboote keine genehmigten Anlegestellen und wichen auf die öffentlichen Sportbootliegestellen aus, die nicht dafür ausgelegt seien, dass 50 bis 80 Personen in die Schiffe einstiegen. Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf habe bereits Beschwerde darüber geführt und würde ggf. Sportbootliegestellen sperren. Die Problematik sei den Betroffenen seit 2010 bekannt. Das Wasser- und Schifffahrtsamt habe die Unternehmen mehrfach darauf hingewiesen.

Nicole Ludwig (GRÜNE) fragt nach, was der Senat unternehme, damit der Betrieb weiter durchgeführt werden könne und die Unternehmen eine Perspektive hätten. Sie verweise auf die Taxibootverordnung oder etwaige Ausnahmeregelungen für Bestandsfahrzeuge.

Staatssekretär Guido Beermann (SenWiTechForsch) macht geltend, dass es bei einer Verordnung des Bundes keine Handlungsmöglichkeiten gebe. Im Übrigen sei das Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin für die Wasserstraßen zuständig.

Frank Jahnke (SPD) erkundigt sich nach dem wirtschaftlichen Erfolg der Berlinale für Berlin, den die IBB schon vorher berechnet habe.

Staatssekretär Guido Beermann (SenWiTechForsch) schickt voraus, dass die Berlinale – jenseits der wirtschaftlichen Betrachtung – wieder ein großer Erfolg für Berlin gewesen sei. Sie habe das Image Berlins gefördert. Der Filmmarkt im Gropius-Bau sei weiter gewachsen und habe eine größere Bleibe am Potsdamer Platz gefunden. Der persönliche Austausch sei für die Filmwirtschaft wichtig. Die Berlinale habe nach Schätzung der IBB eine zusätzliche Wirtschaftsleistung von rund 125 Mio. Euro erreicht. Dies betreffe Übernachtungen, Gastronomie, Taxigewerbe und sonstige Dienstleistungen. Dadurch erhalte Berlin bis zu 13 Mio. Euro zusätzliche öffentliche Einnahmen. Rund 380 Arbeitsplätze – allerdings in der Regel temporär – seien geschaffen worden, davon 70 Prozent im Dienstleistungs- und 30 Prozent im produzierenden Gewerbe.

Frank Jahnke (SPD) bittet um ergänzende Ausführungen zum Produktionsstandort Berlin als Filmstandort.

Staatssekretär Guido Beermann (SenWiTechForsch) stellt fest, dass der Filmstandort Berlin-Brandenburg zu Recht zu den bedeutenden Filmstandorten in Deutschland gehöre. Konkrete Zahlen könne er im Moment nicht nennen. Die Branche sei ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Berlin.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
IT-Wirtschaft in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0028](#)
WiFoTech

Hierzu: Anhörung

verbunden mit

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Perspektiven von Open Data für die IT-Wirtschaft
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0067](#)
WiFoTech

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.